Luxemburg, den 28. April 2020

Gemeinsame Pressemitteilung zur Anwesenheitspflicht der Abschlussklassen und weitere Fragen zur Wiederaufnahme der Schule

Die unterzeichnenden Bildungsvertreter, ACEN, AGESS, APESS, CNEL, FEDUSE/CGFP, SEW/OGBL und UNEL, rufen den Unterrichtsminister Claude Meisch gemeinsam dazu auf, die Schüler aller Abschlussklassen nicht dazu zu verpflichten, am Unterricht vom 4. bis 8. Mai physisch teilzunehmen, sondern ihnen die Wahl zu lassen am Präsenzunterricht teilzunehmen oder nicht. Die Bildungsvertreter begrüßen die geplanten sanitären Maßnahmen, um die Sicherheit der Schüler zu erhöhen. Nichtsdestotrotz sollen die Schüler der Abschlussklassen nicht entgegen ihrer Ängste und Bedenken dazu gezwungen werden, sich durch den Aufenthalt im öffentlichen Transport oder in der Schule einem Infektionsrisiko kurz vor ihren Abschlussexamina auszusetzen.

Die aktuelle Ausnahmesituation ist für die gesamte Bevölkerung nicht einfach. Die unterzeichnenden Bildungsvertreter verlangen vom Bildungsminister, die Sorgen und Fragen der gesamten Bevölkerung ernst zu nehmen und sich wieder mit den Schulpartnern auszutauschen und abzustimmen. Dies hat allzu lange nicht mehr stattgefunden und wir erwarten wieder eine größere Kompromissbereitschaft des Bildungsministers Claude Meisch bezüglich unserer Forderungen und Bedenken.

Weiterhin drängen sich unter anderem die folgenden Fragen auf:

- Wie soll der Unterricht vom Klassenzimmer aus zu gefährdeten Schülern nach Hause und von gefährdeten Lehrern von zu Hause aus ins Klassenzimmer „gestreamt" werden? Verfügen alle Klassenzimmer über die dazu notwendige technische Ausstattung? Ist der Zugang für alle Schüler gewährleistet? Wird hierbei das nationale Gesetz zum Datenschutz berücksichtigt?

- Wie sollen Schüler und Lehrer kurzfristig belegen, dass sie mit einer gefährdeten Person zusammenleben, um ein Anrecht auf weiteren Fernunterricht zu erhalten?

- Wie werden gefährdete Schüler, beziehungsweise Schüler, die gemeinsam mit einer gefährdeten Person in einem Haushalt leben, bei obligatorischen Prüfungen geschützt? Ist das organisatorisch vor Ort in den Schulen überhaupt möglich?

- Wird in Erwägung gezogen, in der Sekundarstufe für den Großteil der Schüler den Fernunterricht bis zum Sommer beizubehalten und die physische Anwesenheit zu beschränken auf Schüler in prekären Lagen und die, die zusätzliche Unterstützung brauchen? Falls nicht: Sind die sanitären Maßnahmen ausreichend, um die Sicherheit der Schüler zu gewährleisten?

- Wie viele Lehrer gelten als gefährdet bzw. leben in einem Haushalt mit gefährdeten Familienmitgliedern, so dass sie ohnehin mit dem Fernunterricht weitermachen? Macht es folglich Sinn, viele Schüler nur zu reinen Aufsichtsstunden in die Schulen zu schicken?

Gemeinsame Pressemitteilung von
ACEN, AGESS, APESS, CNEL, FEDUSE/CGFP, SEW/OGBL und UNEL